

Inhalt

1.	Emmenbrücke – Vom Vorort zum Zentrum?	1
2.	Abstimmungsparolen für den 28. September	2
3.	Neues Positionspapier zur Gesundheitspolitik	3
4.	Aktive Grünliberale stellen sich vor	4
5.	Unsere nächsten Termine	5

1. Emmenbrücke – Vom Vorort zum Zentrum?

von Christian Zürcher (christian.zuercher@gmx.ch), Einwohnerrat Emmen

Luzern Nord oder genauer gesagt die Gemeinde Emmen wächst – und das schon seit Jahren. Von 2000 bis 2012 nahm die Bevölkerung um rund 8 Prozent zu. Kein Wunder, dass die Bautätigkeit in Emmen hoch ist und sich die peripheren Quartiere immer mehr ausbreiten.

Ein so starkes Wachstum bringt neue Herausforderungen mit sich. Darauf hat der Emmer Einwohnerrat im Mai mit der Verabschiedung eines neuen Siedlungsleitbildes reagiert. Angestrebt wird ein Wachstum nach innen. Wie in anderen Gemeinden, ist auch in Emmen verdichtetes Bauen die Devise. Die Menschen sollen dort leben, wo die notwendige Infrastruktur für Verkehr und Bildung bereits vorhanden ist.

Ein Kernstück bildet die Viscosistadt. Mit insgesamt 89'000 Quadratmetern Fläche ist sie genauso gross wie die Luzerner Altstadt. Das Gebiet soll für eine neue Nutzung fit gemacht werden: Entstehen soll ein urbanes, lebendiges und modernes Zentrum. Die Entwicklung erfolgt etappenweise, um zu verhindern, dass die Viscosistadt zu einem unattraktiven „Einheitsbrei“ wird. Angestrebt wird ein optimaler Mix zwischen den verschiedenen Nutzungsarten Gewerbe, Bildungseinrichtungen (z.B. das Departement Design & Kunst der Hochschule Luzern) und Wohnen. Zudem soll, geht es nach dem Willen des Emmer Einwohnerrates, die Viscosistadt nach dem Modell der 2000-Watt-Gesellschaft konzipiert werden. Inwiefern der Gemeinderat auf diese Forderungen eingeht, wird sich im November zeigen. Dann wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat den Bebauungsplan zur Genehmigung vorlegen.

Doch nicht nur die Kriterien für die Entwicklung der Viscosistadt gilt es genau zu beobachten. Neue Quartiere haben auch Auswirkungen auf die bereits bestehenden Siedlungsgebiete. Gerade in Sachen Verkehr löst das ungute Gefühle aus. Die Strassen im Raum Luzern Nord sind an den Kapazitätsgrenzen. Nicht nur die Viscosistadt, sondern auch die umliegenden Gebiete müssen deshalb derart gestaltet werden, dass Langsam- und öffentlicher Verkehr attraktiver werden. Eine wichtige Rolle könnte dabei der nahegelegene Bahnhof Emmenbrücke einnehmen. Allerdings ist die heutige Infrastruktur unzureichend. Ziel muss sein, dass die Viscosistadt und auch Emmenbrücke per ÖV schnell, einfach und bequem erreichbar sind – auch überregional. Deshalb müssen der geplante Bushof am Seetalplatz und der Bahnhof direkt miteinander verbunden werden. Mindestanforderung ist ein einfaches Umsteigen. Neben S-Bahn- und Regio-Express-Zügen sollen auch Interregio-Verbindungen wie Luzern-Basel und Luzern-Bern in Emmenbrücke halten.

Natürlich stellen sich in Zusammenhang mit der Entwicklung der Viscosistadt noch zahlreiche weitere Fragen. Ein attraktives Quartier braucht auch die nötige Infrastruktur, zum Beispiel in Sachen Schulraum. Diskutiert werden könnte auch über den Umzug der Gemeindeverwaltung in die Viscosistadt – als Zeichen für die Bedeutung des neuen Quartiers.

Die weitere Entwicklung bleibt also spannend. Es bieten sich viele Chancen für Emmen. Der Charakter der Agglomeration im Luzerner Norden ändert sich grundlegend. Die Gemeinde Emmen ist definitiv kein Dorf mehr, sondern wird zur Stadt.

2. Abstimmungsparolen für den 28. September

Der kantonale Vorstand hat für beide September-Vorlagen die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur MwSt.-Initiative

Die MwSt.-Initiative verlangt, dass gastgewerblichen Leistungen, also Essen und alkoholfreien Getränken in Restaurants, ein einheitlicher Steuersatz von 2,5% zugewiesen wird. Die Grünliberalen setzen sich grundsätzlich für die Vereinheitlichung des Mehrwertsteuersatzes ein. Wir fordern einen Einheitssteuersatz oder noch besser, die vollständige Abschaffung und den Ersatz der MwSt. durch eine Energiesteuer. Die aktuelle Mehrwertsteuerinitiative leistet dazu aber keinen Beitrag, denn sie betrifft nur das Gastgewerbe. Am umständlichen System aus drei Steuersätzen ändert dies gar nichts. Zudem hätte die Initiative Steuerausfälle von 750 Millionen Franken zur Folge. Diese müssten durch Steuererhöhungen und Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Deshalb lehnt der Vorstand die Initiative einstimmig ab.

Wir kämpfen aber weiter für eine durchdachte, nachhaltige Regelung. Unsere Energie- statt Mehrwertsteuerinitiative kommt voraussichtlich im nächsten Jahr zur Abstimmung. Dann geht es um eine sinnvolle Lösung für alle, auch für das Gastgewerbe.

Nein zur Einheitskasse

Auch für die Vorlage „Für eine öffentliche Krankenkasse“ hat der kantonale Vorstand die Nein-Parole beschlossen. Im Interview mit unserem wissenschaftlichen Mitarbeiter Tobias König erklärt Nationalrat Roland Fischer diese Entscheidung:

Tobias: Roland, die Krankenkassenprämien steigen stetig und belasten die Versicherten. Die Initiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ sagt, wenn wir statt vieler einzelner Kassen eine Einheitskasse mit einer Einheitsprämie hätten, dann könnten langfristig über 2 Mrd. Franken gespart werden und die Prämien entsprechend sinken. Warum ist die gip dagegen?

Roland: Mit einer Einheitskasse werden die Kosten nicht sinken. Die Gegner der Initiative rechnen mit Mehrkosten von 4 Mrd. Franken, weil die Wahlfranchisen, Rabatte und alternativen Versicherungsmodelle dann wegfallen. Wer heute zum Beispiel mit einem HMO-Modell versichert ist, zahlt mit der Einheitskasse deutlich höheren Prämien.

Tobias: Ganz falsch können die Unterstützenden der Initiative aber nicht liegen. Sie belegen, dass die Durchschnittsprämien viel stärker steigen, als die Gesundheitsausgaben pro Kopf. Irgendwo wird also Geld für Dinge ausgegeben, die den Versicherten keinen direkten Nutzen bringen. Da sollte der Staat doch endlich eingreifen und ein Modell schaffen, bei dem er die Kontrolle über Kosten und Prämien hat.

Roland: Der Staat kontrolliert bereits heute die Prämien. Sie werden vom Bundesamt für Gesundheit jährlich begutachtet und deshalb weiss der Staat sehr genau, warum es zum Anstieg der Prämien kommt. Einen grossen Einfluss hat die demografische Entwicklung. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt stetig. Daraus resultieren höhere Gesundheitskosten. Zur Kostensteigerung trägt ebenfalls bei, dass der Leistungskatalog der Grundversicherung in den letzten Jahren immer umfassender geworden ist. Wenn die Grundversicherung immer mehr Leistungen abdeckt, beeinflusst das

natürlich die Prämien.

Tobias: Die Initiantinnen und Initianten sagen auch, gerade der Wettbewerb zwischen den Kassen würde hohe Kosten verursachen. Marketing, das Hin- und Herwechseln der Versicherten, teure Manager und Verwaltungsräte, all das kostet Geld. Die Versicherten müssen es bezahlen, aber sie haben nichts davon.

Roland: Das ist eine sehr abenteuerliche Begründung der Befürwortenden. Dann müsste man für jedes Gut ein staatliches Monopol fordern. Auch für Nahrungsmittel und andere Güter wird Marketing gemacht. Das ist auch wichtig, damit der Markt spielen kann. Marketing und Administration machen nur einen kleinen Teil der Kosten der Krankenkassen aus. Solange Wettbewerb zwischen den Kassen herrscht, besteht für sie ein Anreiz, die administrativen Kosten gering zu halten. Wenn wir ein staatliches Monopol haben, werden diese Kosten hingegen deutlich steigen. Es ist eine Illusion zu glauben, wenn man keine Marketingkosten mehr hätte, würden die Kassenprämien in grossem Ausmass sinken.

Tobias: Der Markt scheint aber im Fall der Krankenkassen zu versagen. Der Wettbewerb sollte eigentlich dafür sorgen, dass die Produkte besser werden oder die Preise sinken. Davon ist wenig zu sehen. Was hilft also der Markt den Versicherten?

Roland: Wettbewerb besteht ja nicht nur bezüglich des Produktes „Gesundheitsleistungen“. Bei der Grundversicherung ist das Angebot reguliert und die Krankenkassen müssen alle das gleiche Produkt anbieten, was den Leistungskatalog angeht. Aber beim Kundenservice, bei den Zusatzleistungen und bei alternativen Gesundheitsmodellen profitieren die Versicherten vom Wettbewerb zwischen den Kassen. Hätten wir eine Einheitskasse, würden die Basisleistungen von der Zusatzversicherung getrennt. Die Versicherten müssten bei Bedarf neben der Einheitskasse eine Zusatzversicherung abzuschliessen. Heute können sie alles von derselben Kasse bekommen und sparen viel administrativen Aufwand.

3. Neues Positionspapier zur Gesundheitspolitik

Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern und SympathisantInnen, die beruflich im Gesundheitsbereich tätig sind, hat ein fundiertes Positionspapier zur Gesundheitspolitik erarbeitet. Es wurde am 21. August vom kantonalen Vorstand verabschiedet. Im Folgenden stellen wir das Papier in Auszügen vor. Die vollständige Version gibt es [hier](#) zum Download.

Unser Gesundheitswesen ist eines der besten weltweit, aber seine Kosten steigen kontinuierlich an. 2012 waren es 11,5% des BIP bzw. 68 Mrd. Franken. Das entspricht 705 Franken pro Person und Monat. Der demographische Wandel, die medizinisch technologischen Fortschritte und verschiedene Fehlanreize werden generell als Kostentreiber anerkannt.

Die Grünliberalen des Kantons Luzern setzen sich für eine nachhaltige Gesundheitspolitik ein. Ihr Ziel muss es sein, ein bedarfsgerechtes, qualitativ gutes und gleichzeitig wirtschaftliches Gesundheitssystem zu schaffen, dieses auch für die Zukunft zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei stehen die Würde und die Selbstständigkeit der Menschen im Zentrum. Statt des ökonomischen Profits einzelner Unternehmen ist der volkswirtschaftliche Nutzen des Gesundheitswesens zu beachten.

Die glp setzt sich deshalb ein für:

Eine stärkere Fokussierung auf Prävention und Gesundheitsförderung ist notwendig, um die Nachfrage nach Leistungen der Gesundheitsversorgung zu verringern. Mit wirkungsvollen Aufklärungskampagnen, finanziellen Anreizen sowie infrastrukturellen Anpassungen kann die Bevölkerung in ihrem Willen unterstützt werden, ihre Gesundheit zu erhalten.

Mehr Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein lässt sich auf Seiten der Leistungserbringer durch integrierte Versorgungsmodelle oder solche mit Budgetverantwortung erreichen. Allgemein verständlichere Arzt- und Spitalrechnungen können für mehr Transparenz sorgen und das Kostenbewusstsein von Patientinnen und Patienten fördern.

Eine optimale Kooperation und Vernetzung aller beteiligten Akteure des Gesundheitswesens kann helfen, Doppelstrukturen zu vermeiden und eine bessere Konzentration auf das tatsächlich Nötige ermöglichen. Dies kommt der steigenden Mobilität der Menschen entgegengekommen und senkt die Kosten.

Die Orientierung der Spitalleistungen an den Aspekten Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit bedeutet: Redundante Angebote im Kanton abbauen und der Überversorgung im stationären Bereich entgegenwirken. Beim Zugang zur Grundversorgung sollten die neuen Möglichkeiten der Rettungsdienste und der Rega Berücksichtigung finden, auch bei grösseren Distanzen schnell vor Ort zu sein. Es ist nötig, sich auf die Spezialisierung zu konzentrieren, um die Fallzahlen, die Kompetenz, die Qualität und die Effizienz der einzelnen Anbieter zu steigern.

Für eine Stärkung der kostengünstigen Hausarztversorgung muss das Verteilungsproblem gelöst werden. Die verhältnismässig wenigen Hausärztinnen und -ärzte konzentrieren sich vornehmlich in den Städten, während auf dem Land immer weniger Hausarztpraxen erhalten werden können. Die glp setzt sich deshalb für marktwirtschaftlichere Rahmenbedingungen bei der Ärztezulassung und für ökonomische Anreize in der Tarifgestaltung ein.

Für eine gute und finanzierbare Pflege braucht es neue, flexiblere Angebote, durch die bessere Qualität bei geringerem finanziellem Aufwand erreicht werden kann. Wir fordern, dass in der Alters- und Pflegeversorgung innovative Konzepte wie z.B. Care Farming, Zeitgutschriften, Mehrgenerationenhäuser, Wohnheimanteile und günstige Sonderbauzonen für Alterswohnungen vermehrt Anwendung finden. Die Pflegefinanzierung muss den individuellen Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen gerecht werden. Sie sollen ihr Leben mit grösstmöglicher Eigenständigkeit und Selbstbestimmung gestalten können. Deshalb setzt sich die glp grundsätzlich für die Subjektfinanzierung ein.

Um dem Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken, fordern wir, die Hürden für Quereinsteigerinnen und -einsteiger abzubauen und den Zugang zum Beruf zu erleichtern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert und die Wertschätzung des Pflegepersonals gesteigert werden.

4. Aktive Grünliberale stellen sich vor



Vorname und Name: Olivier Bucheli
Alter: 40 Jahre
Beruf: Cleantech-Unternehmer und Gemeinderat Adligenswil
Wohnort: Adligenswil
Lebensform: Verheiratet mit Andrea Bucheli-Meier, 3 Kinder
Politische Aktivitäten: Sicherheitsvorsteher Adligenswil, zuvor Gründungspräsident glp Habsburg, Bildungskommission Adligenswil

Die glp ist für mich die Partei, in der Lösungen, unabhängig von ihrem Ursprung objektiv und zielorientiert diskutiert werden. Nicht immer jedoch werden wir unserem eigenen Anspruch gerecht. So hätten wir bei der Masseneinwanderungsinitiative mit einer mutigeren internen Diskussion die heutige Blockade vielleicht vermeiden können. Trotzdem ist und bleibt die glp für mich ein Forum für Politikinteressierte, welche den altgewohnten, mehr durch Geburt als Position bestimmten Parteienstreit leid sind und konstruktiv nach vorne schauen wollen.

Der Kanton Luzern ist für mich mein Geburtsort, an den ich nach vielen Jahren im Welschen und im Ausland mit meiner Familie zurückgekehrt bin. Ich schätze die Nähe zur Familie, die Schönheit der Gegend und die kulturellen Angebote.

Die grösste Herausforderung für den Kanton Luzern ist, sich in seinem stark konkurrenzierenden Umfeld eigenständig zu positionieren. Zu oft sehen sich die Luzerner als „heimliche“ Hauptstadt der Innerschweiz. Dies wird von den umliegenden Kantonen nicht geschätzt oder höchstens zum Trittbrettfahren benutzt.

Diese Herausforderungen sollen aus meiner Sicht wie folgt gelöst werden: Luzern muss sich seiner urbanen Qualitäten bewusst werden und diese auch nach aussen vertreten. Auf der anderen Seite sollten keine ungefragten Zentrumsleistungen aus falsch verstandenem Prestige erbracht werden. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen sollte auf Augenhöhe in gleichberechtigter Partnerschaft erfolgen.

Welches andere Thema beschäftigt Dich derzeit?

Eine konstruktive Demokratie braucht Diskussionen zum Austausch von Ideen und Meinungen. Bei uns findet dies vielerorts an den Gemeindeversammlungen statt und für 90% aller Entscheide sind sie auch das richtige Gefäss. Gemeindeparlamente gibt es kaum, weil sie für die meisten Gemeinden einen zu hohen Aufwand bedeuten würden. Die Institution Gemeindeversammlung wird aber derzeit von den Polparteien unter Beschuss genommen, vor allem mit dem Hinweis auf die geringe Beteiligung der Bevölkerung.

Dabei wird die teils bescheidene Beteiligung häufig durch die Qualität des demokratischen Prozesses kompensiert, wenn zum Beispiel neue Lösungen an der Versammlung gefunden werden. Kritisch hingegen wird es, wenn grosse Vereine und Landbesitzer ihre Mitglieder und Verwandte einmalig für die Durchsetzung ihrer Partikularinteressen mobilisieren. So kann sich manchmal eine kleine Minderheit gegen die Interessen der Gesamtbevölkerung durchsetzen. Für diese wenigen Fälle gilt es, die Volksrechte zu stärken und Urnenabstimmungen zu ermöglichen. Gleichzeitig ist es aufwändig und nicht zielführend, diese Fälle fix zu bestimmen. Die Stimmberechtigten sollten selbst entscheiden, was an die Urne geht. Es braucht eine Möglichkeit, vor der Gemeindeversammlung die Schlussabstimmung für ein bestimmtes Geschäft an die Urne zu verweisen, z.B. durch das Einreichen einer bestimmten Anzahl von Unterschriften. Dieses Vorgehen würde den urdemokratischen Prozess der Versammlung und direkten Konfrontation beibehalten und gleichzeitig die Legitimität des Ergebnisses erhöhen, da auch Personen über das Geschäft mitbestimmen könnten, die am Termin der Versammlung verhindert sind.

5. Unsere nächsten Termine

- 08./09. September: Session Kantonsrat
- 08. September: Sitzung der AG Finanzen und Wirtschaft
- 11. September: Sitzung der Geschäftsleitung
- 22. September: Sitzung der AG Energie, Verkehr und Raumplanung
- 28. September: Abstimmungssonntag
- 11. Oktober: Nationale Delegiertenversammlung
- 13. Oktober: Kantonale Mitgliederversammlung
- 16. Oktober: Sitzung der Geschäftsleitung
- 23. Oktober: Sitzung des Vorstandes
- 29. Oktober: Sitzung des Kantonsratsfraktion
- 02./03. Oktober: Session Kantonsrat